

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuß**

17. Sitzung

## **Umweltausschuß**

8. Sitzung

am Freitag, dem 22. November 1996, 10.00 Uhr,  
Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses**

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

in

Vertretung von Berndt Steincke

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

**Anwesende Abgeordnete des Umweltausschusses**

Frauke Tengler (CDU)

Renate Gröpel (SPD)

in

Vertretung von Ingrid Franzen

Helmut Jacobs (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Gero Storjohann (CDU)

Herlich Marie Todsén (CDU)

Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Fehlende Abgeordnete**

Roswitha Strauß (CDU)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

**Landtagsverwaltung**

RD Rudolf Burdinski

**Weitere Anwesende**

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1996 bis 2000</b> Bericht der Landesregierung Drucksache 14/300 und <b>Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 1997 (Haushaltsgesetz 1997)</b> Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/240 hierzu: Umdrucke 14/192, 14/198, 14/199, 14/200, 14/204 ¥ <b>Einzelplan 13</b> <b>Minister für Umwelt, Natur und Forsten</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Sanierung des Altstandortes Neue Metallhütte Lübeckhier:</b> <b>Finanzierung der weiteren Maßnahmen</b> Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten Umdruck 14/217	<b>11</b>
<b>3.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>11</b>

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Hay, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10.00 Uhr, stellt die Beschlußfähigkeit des federführenden Finanzausschusses fest und übernimmt den Vorsitz. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1996 bis 2000**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/300

und

### **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 1997 (Haushaltsgesetz 1997)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/240

hierzu: Umdrucke 14/192, 14/198, 14/199, 14/200, 14/204

- Fortsetzung der Beratung vom 13. November 1996 -

### **¥ Einzelplan 13**

#### **Minister für Umwelt, Natur und Forsten**

### **S. 38, 1302-657 04, An Wasser- und Bodenverbände und Teilnehmergeinschaften der Flurbereinigung für Schöpfwerke und Gewässer**

Abg. Storjohann verweist auf den Widerspruch, der darin liege, daß die Mittel einerseits gesetzlich gebunden seien, andererseits daraus aber nach dem Umdruck 14/243 eine globale Minderausgabe erwirtschaftet werden solle.

MR Petersen merkt an, daß sich inzwischen ein größerer Ausgabebedarf bei diesem Titel herausgestellt habe. Wegen der rechtlichen Bindung müsse jetzt gemeinsam mit dem Finanzministerium ein Weg gesucht werden, entgegen der globalen Haushaltssperre die Minderausgabe zu reduzieren. In diesem Zusammenhang nimmt der Ausschuß die Mitteilung zur Kenntnis, daß der Finanzminister eine Umfrage bei den Ressorts in die Wege geleitet hat,

zu ermitteln, welche Beträge durch die globale Haushaltssperre überhaupt erwirtschaftet werden können. Das Ergebnis der Umfrage des Finanzministers soll - auch wenn es sich lediglich um grobe Schätzungen handeln sollte - auch dem Finanzausschuß, aufgeteilt auf die einzelnen Ressorts, übermittelt werden.

**S. 60, 1303-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten und  
1303-425 01, Vergütungen der Angestellten**

**Nach kurzer Aussprache erbittet der Finanzausschuß eine schriftliche Aufstellung der haushaltsmäßigen Auswirkungen der Übertragung von Stellen aus dem Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten in das Landesamt für Natur und Umwelt sowie der Übertragung der Stellen aus der Forstabteilung des früheren Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei in das MUNF. Die Darstellung soll auch Angaben darüber enthalten, wie viele Stellen bereits übertragen worden sind oder noch übertragen werden sollen.**

**S. 64, 1303-533 03, Erhebungen für Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sowie für sonstige Maßnahmen**

**Zu den größeren Projekten, die aus diesem Ansatz finanziert werden, gehören auch Untersuchungen zum Eider-Treene-Sorge-Projekt sowie zum Krückau-Pinnau-Projekt. In der Diskussion deutet M Steenblock auf einen Einwurf des Vorsitzenden, Abg. Hay, an, daß sich die derzeitige Zuordnung des Eider-Treene-Sorge-Projekts zum Zuständigkeitsbereich der Staatskanzlei voraussichtlich in Kürze ändern werde.**

**S. 68, 1303-533 20, Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen**

**Die Steigerung des Ansatzes begründet MDgt Kesting damit, daß das Ministerium jetzt auch Beobachtungen der Gewässergüte aus der Abwasserabgabe finanzieren könne. Dementsprechend seien diese Maßnahmen in diesem Titel konzentriert worden. Dem hält der Vorsitzende, Abg. Hay, entgegen, daß die Resteliste vom 5. November noch erhebliche Reste bei dieser Position ausweise, so daß eine Aufstockung des Ansatzes im Haushaltsentwurf 1997 nach seiner Auffassung einer näheren Begründung bedürfe.**

**Der Ausschuß stellt diesen Punkt daraufhin zunächst zurück.**

**S. 74, 1303-533 50, Ausgaben für Werkverträge oder andere Auftragsformen**

Nach einem Hinweis des Vertreters des Landesrechnungshofs sind die Erläuterungen, soweit sie die Notwendigkeit von Befliegungen im Rahmen der Biotopkartierung betreffen, anzupassen, nachdem der Finanzausschuß beschlossen hat, daß solche Flüge nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden sollen.

**S. 74, 1303-547 61, Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**

Der Vorsitzende, Abg. Hay, hält einen zusätzlichen Querverweis auf die entsprechende Einnahmeposition über die allgemeine Bemerkung bei Titelgruppe 61 hinaus für angebracht.

**S. 76, 1303-533 63, Untersuchung von Proben und Erarbeitung von Informationsgrundlagen für den Bodenschutz**

Zur Erläuterung der Steigerung des Ansatzes von 333 000 DM auf 1 000 000 DM, die im wesentlichen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bodenschutzprogramms steht, wird dem Ausschuß eine schriftliche Aufstellung der veranschlagten Einzelmaßnahmen übergeben.

Eine Streckung der Maßnahmen, die Abg. Todsén zu überlegen gibt, ist aus der Sicht des Ministeriums nicht möglich, weil die zu erfassenden Informationen auch für die Umsetzung des Bodenschutzgesetzes des Bundes unabdingbar seien.

Der Vorsitzende, Abg. Hay, regt an, die Darstellung auch im Umweltausschuß unter fachspezifischen Gesichtspunkten noch einmal zu diskutieren.

**S. 92, 1308-256 01, Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeiten des Landes im Rahmen von Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und 1308-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**

Auf einen Einwurf des Vorsitzenden, Abg. Hay, betont M Steenblock, daß die Landesregierung nach den Informationen aus der Arbeitsverwaltung davon ausgehe, daß die Maßnahmen weiterhin wie bisher vom Bund finanziert würden.

**Auf Wunsch der Abg. Todsén sagt M Steenblock eine schriftliche Darstellung des Konzepts des Nationalparkservices zu, die auf die Zahl der Stellen, deren räumliche Verteilung und Anbindung an einzelne Institutionen eingeht, wobei er zugleich anregt, nach Ablauf des Jahres dem Umweltausschuß auch eine Bestandsaufnahme vorzulegen, die zum Ausdruck bringe, wie sich die Akzeptanz der Maßnahmen vor Ort entwickelt habe.**

**Die erwähnte Darstellung soll den Ausschüssen jedoch bereits vorher übermittelt werden; sie soll zugleich die Erhöhung der Ausgaben bei Titel 422 01 erläutern.**

**S. 94, 1308-533 01, Werkverträge zur Betreuung im und am Nationalpark**

**Eine Erläuterung dieses neuen Titels wird nach der Zusage von M Steenblock in die erbetene Darstellung zum Nationalpark "Wattenmeer" ebenfalls aufgenommen werden.**

**S. 98, 1308-533 62, Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderer Auftragsformen**

**In die von M Steenblock zugesagte Darstellung zum Nationalpark "Wattenmeer" soll auch eine Erläuterung der Steigerung der Bundesmittel von 130 000 DM im Vorjahr auf 300 000 DM im Haushaltsentwurf in Relation zu dem Finanzierungsanteil des Landes aufgenommen werden.**

**S. 106, 1309-821 01, Ankauf von Grundstücken zur Erhaltung und Mehrung des Waldbesitzes**

**Ausführlich erörtert der Ausschuß die Förderung der Neuwaldbildung durch das Land und die Schwierigkeiten, die früher festgelegte Zielsetzung von 1000 Hektar Neuwaldbildung jährlich zu erreichen. Die Gründe dafür liegen in den wesentlich höheren Prämien der EU für die Stilllegung landwirtschaftlicher Flächen.**

**Nach den Worten von M Steenblock werde die Landesregierung Überlegungen anstellen, eine Initiative auf Bundesebene in die Wege zu leiten - deren Erfolgsaussichten allerdings zunächst noch geprüft werden müßten -, um das bestehende Konkurrenzverhältnis zu mildern.**

**S. 124, Kapitel 1311, Akademie für Natur und Umwelt**

**M Steenblock greift die grundsätzliche Anmerkung der Abg. Todsens auf, den Abschluß von Werkverträgen durch die Akademie über 30 000 DM zu überprüfen, um die zweitägige Veranstaltung "Schleswig-Holstein-Tage" zu organisieren.**

**S. 200, Entwurf des Haushaltsplans für 1997 der Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein**

**Unter Bezug auf einen Leserbrief wirft Abg. Peters die Frage auf, inwiefern es zweckdienlich sei, wenn das Land von seinem Vorkaufsrecht Gebrauch mache, um geeignete Flächen für die Stiftung vorzuhalten, und damit Privatleuten die Möglichkeit nehme, Flächen für den Naturschutz zu erwerben.**

**M Steenblock entgegnet, daß solche Entscheidungen immer von dem jeweiligen Einzelfall abhängen. Er pflichtet dem Vorsitzenden des Finanzausschusses, Abg. Hay, bei, daß dieses Thema inhaltlich gesondert im Umweltausschuß erörtert werden sollte.**

**Abg. Todsens hält darüber hinaus eine Debatte über die Zukunft der Stiftung insgesamt - auch im Hinblick auf die mögliche Zuordnung zur LEG sowie auf die Auswirkungen auf Finanzen und Personalbestand - im Umweltausschuß für angebracht.**

**M Steenblock teilt mit, daß die Ausgliederung der Stiftung aus dem Ministerium bereits vollzogen und auch eine neue Geschäftsführung gebildet worden sei. Darüber werde das Ministerium dem Umweltausschuß noch ausführlich berichten.**

**S. 202, 671 01, Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Schleswig-Holsteinische Landgesellschaft mbH**

**Auf eine Frage des Abg. Kubicki erläutert MR Petersen, daß ein Vertrag zwischen der Stiftung und der SHL detailliert festlege, welche Leistungen die SHL für die Stiftung zu erbringen habe. Dazu gehöre auch die gesamte Bandbreite der Verwaltung der Grundstücke der Stiftung.**

Der Vorsitzende, Abg. Hay, teilt die Ansicht des Abg. Kubicki, daß der Betrag von 60 DM je Hektar Grundstücksfläche zu hoch gegriffen erscheine, solange nicht eine detaillierte Kostenkalkulationsgrundlage dafür vorliege. Abg. Kähler bittet in diesem Zusammenhang, den Ausschußmitgliedern den Vertragstext zugänglich zu machen.



M Steenblock schließt sich der geäußerten Kritik an.

Der Stiftungsrat habe bereits beschlossen, über den bestehenden Vertrag zumindest nachzuverhandeln. Er erwähnt in diesem Zusammenhang, daß die Geschäftsstelle der Stiftung zusammen mit der LEG in deren Gebäude umziehen werde. Die Konstruktion der Geschäftsstelle sehe vor, daß wesentliche Dienstleistungen der Geschäftsstelle von der LEG erbracht würden, zum Beispiel auch die gesamten Lohnkostenabrechnungen.

#### **S. 202, 425 01, Vergütung der Angestellten**

**Im Anschluß an die Darstellung der geplanten personellen Veränderungen in der Geschäftsführung der Stiftung Naturschutz, die künftig von zwei Personen des höheren Dienstes wahrgenommen werden soll, erbittet Abg. Stritzl eine detailliertere Aufstellung der Konzeption, der Stellenbeschreibung für die Ausschreibung sowie eine Darstellung, zu welchen Kosten und von wem künftig die Schreibarbeiten im Rahmen der Geschäftsstelle erledigt werden sollen.**

**Der Vorsitzende regt an, die im Zusammenhang mit der Stiftung Naturschutz stehenden Fragen im Umweltausschuß eingehender zu diskutieren und dabei auch die Details der Reisekostenerstattungen zu behandeln.**

#### **Einzelplan 12 - Hochbaumaßnahmen des Landes**

**S. 72, 1213-711 01, Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Ministeriums und sonstiger Dienststellen**

**Auf eine Nachfrage des Abg. Sager erläutert MR Petersen, daß die Ansätze bei diesen Positionen nach bestimmten allgemeinen Berechnungsgrundsätzen veranschlagt würden. Inwieweit sich aufgrund der Realisierung von Umzugsplänen des Umweltministeriums Änderungen ergäben, lasse sich derzeit nicht absehen.**

**MDgt Rohs sagt zu, dem Ausschuß im Anschluß an die Kabinettsitzung vom 3. Dezember spezifiziert darzustellen, welche Änderungen in der Unterbringung der Landesregierung mit den finanziellen Konsequenzen für den Einzelplan 12 vorgesehen sind.**

**S. 74, 1213-713 63, Herrichtung des landeseigenen Gebäudes in der Mercatorstraße 7 in Laborgebäude**

**Abg. Todsens stellt die Einrichtung eines Laborgebäudes für das Umweltministerium in der Größenordnung von 6 Millionen DM in Frage; hier läge vielmehr eine Möglichkeit, die vorhandenen Laborkapazitäten im Raume Kiel in stärkerem Maße zu nutzen.**

**M Steenblock begründet die Notwendigkeit eines eigenen Laborgebäudes damit, daß Laboruntersuchungen auch in großem Umfange bei der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben anfielen.**

**Der Vorsitzende, Abg. Hay, erbittet eine Darstellung des Laborkonzepts sowie einen aktuellen Sachstandsbericht zu dessen Umsetzung, der über den Bereich des Einzelplans 13 hinaus auch die Einzelpläne 08 und 07 betreffe.**

**Die Darstellung der vorhandenen Laborkapazitäten, die das Finanzministerium vom Umweltministerium erbeten hat, soll - sobald sie vorliegt - den Ausschüssen zugänglich gemacht werden und gegebenenfalls im Januar 1997 auch auf ihre finanziellen Auswirkungen auf den Haushaltsentwurf 1997 hin erörtert werden.**

**Der Ausschuß schließt damit die Beratung des Haushaltsentwurfs für den Geschäftsbereich des Ministers für Umwelt, Natur und Forsten ab.**

**Punkt 2 der Tagesordnung:****Sanierung des Altstandortes Neue Metallhütte Lübeck  
hier: Finanzierung der weiteren Maßnahmen**

Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten  
Umdruck 14/217

Auf Fragen der Vertreter der CDU-Fraktion begründet M Steenblock die Notwendigkeit, das Sanierungskonzept für die Neue Metallhütte Lübeck umzusetzen. Eine Streckung der Maßnahmen würde mit Sicherheit erheblich teurer werden, weil der Finanzbedarf unabweisbar sei. Die Landesregierung sehe in der vorgeschlagenen Finanzierung auch die optimale Lösung, um die notwendigen Arbeiten in die Wege leiten zu können. Die Politik sei insofern in der Verantwortung.

Der Vertreter des Landesrechnungshofs, MDgt Pätschke, äußert grundsätzliche Bedenken gegen die Art der Finanzierung, die letztlich dazu führe, daß Investitionen aus dem Haushalt verlagert und Verpflichtungen durch eine zusätzliche Kreditaufnahme außerhalb des Landeshaushalts eingegangen würden. Zumindest seien auch Alternativen nicht hinreichend geprüft und analysiert worden.

Als Ergebnis der Aussprache, in deren Verlauf die Notwendigkeit der Sanierungsmaßnahmen detailliert begründet wird, greift der Ausschuß übereinstimmend die von dem Vertreter des Landesrechnungshofs geäußerten Bedenken gegen die Finanzierungsweise auf. Der Ausschuß erbittet eine an den vorgetragenen Gesichtspunkten orientierte schriftliche detailliertere Darstellung des Finanzierungsvorschlags und der entstehenden Folgebelastungen bis zum Ende des Monats und stellt die Entscheidung über die Vorlage bis zu seiner Sitzung am 5. Dezember zurück. Bis dahin werden die Fraktionen Gelegenheit haben, sich eine endgültige Meinung zu dem Antrag des Umweltminister zu bilden.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 12.15 Uhr.

gez. Hay  
Vorsitzender

gez. Burdinski  
Geschäfts- und Protokollführer